

Der Standpunkt entscheidet

Antwort auf einen Brief Dr. Wagners an die Redaktion der „Hochschulzeitung“

Als Antwort auf den Artikel „Anfrage an Dr. Wagner“ (Nr. 3 der „Hochschulzeitung“) sandte uns Herr Dr. Wagner vor kurzem einen längeren Brief, in dem er seine Stellung zu den dort angeschnittenen Problemen darlegte. Da es sich um einige prinzipielle Fragen handelt, in denen wir eine andere Meinung als Herr Dr. Wagner vertreten, möchten wir im folgenden ausführlicher auf verschiedene Abschnitte seines Schreibens eingehen.

Der Verfasser jenes Artikels in Nr. 3 unserer Zeitung hatte sich mit Ihrer Stellung, Herr Dr. Wagner, zur Republikflucht im allgemeinen und zu der Ihres Freundes Dr. Trobisch im besonderen beschäftigt und Sie abschließend gefragt, wie Sie „nun heute über die Flucht Dr. Trobischs in einen Staat denken, der gegenwärtig mit Atombomben gegen das sozialistische Lager ausgerüstet werden soll“.

In Ihrem Antwortbrief schreiben Sie nun dazu eingangs: „Ich nehme an, daß der Verfasser sich an mich wendet, weil ich Herrn Dr. Trobisch näher als andere kenne und deshalb besonders gut geeignet sein sollte, sein Verhalten zu erklären. Ich möchte meine Antwort unter dieser Voraussetzung abfassen.“ Dieser Ausgangspunkt, Herr Dr. Wagner, entspricht allerdings nicht der an Sie gestellten Frage, die nicht auf eine „Erklärung“ der eventuellen „Gründe“ für die Republikflucht Trobischs, sondern auf Ihre Stellungnahme gerichtet war. An Stelle dessen aber, so scheint es uns, versuchen Sie, Herr Dr. Wagner, von vornherein einer solchen parteilichen Stellungnahme aus dem Wege zu gehen, indem Sie sich auf die Position des „Erklärenden“ begeben. Ihre Absicht beweisen auch die folgenden Worte: „Wir kommen nämlich mit dem Problem der Republikflucht weder durch eine Verteidigung noch durch eine Verurteilung ohne genaue Untersuchung, noch durch eine falsche Auslegung, sondern natürlich nur durch die Suche nach der richtigen Erklärung weiter.“

Auf der Suche nach einer „Erklärung“ der Republikflucht Trobischs gehen Sie, Herr Dr. Wagner, zunächst auf die Frage ein, ob Trobisch ein Egoist gewesen ist oder nicht. Auch der Verfasser unseres Artikels in Nr. 3 war von dieser Frage ausgegangen und hatte einen Überblick über die großen Entwicklungsmöglichkeiten gegeben, die Trobisch in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat gehabt hätte. Er war zu dem Schluß gekommen, daß es sich bei der Republikflucht Trobischs, der innerhalb von 10 Jahren vom Arbeiter bis zur Habilitation kam, nicht nur einfach um Egoismus handelte, sondern um „Verrat an unserer DDR und der Arbeiterklasse, der Trobisch entstammte“.

Zu welchem Ergebnis aber kommen Sie in Ihrer Untersuchung? Sie schreiben: „Ein Egoist im üblichen Sinne verläßt nicht den Platz, wo er alle Vorteile hat. Sein (Trobischs) Egoismus mußte also anderer Art gewesen sein, er mußte einfach darin bestanden haben, daß Dr. Trobisch den Lebensweg ging, den er für sich für den besten hielt. Das tun wir aber in irgendeiner Art doch alle ...“

Aber eine solche „Erklärung“ läuft doch schließlich auf eine Entschuldigung Trobischs hinaus! Stellen wir einmal die Frage: „Welches war der Weg, den Trobisch in den vorangegangenen 10 Jahren ‚für sich‘ für den besten hielt?“ Offensichtlich der Weg in der DDR. — Und eine zweite Frage: „Warum ging Dr. Trobisch nicht schon früher, bevor er von uns seine Ausbildung ermöglicht bekommen hatte, diesen Weg, den er ‚für sich‘ für den besten hielt?“ Weil er genau wußte, daß er als Arbeiter in Westdeutschland niemals solche Bildungsmöglichkeiten wie bei uns erhalten würde.

So wechselte er ohne Bedenken die politischen Seiten. Er ging in den Staat der Imperialisten und Militaristen und stärkte damit den Kriegskurs Adenauers und der NATO. Er begab sich an die Seite der Militaristen, die nicht nur mit Atom- und Wasserstoffbomben drohen, sondern auch bereit sind, sie gegen das sozialistische Lager und unsere Republik einzusetzen.

Er trat in die Dienste einer Klasse, die als Besitzer des IG-Farben-Konzerns und seiner Nachfolge-Gesellschaften Zehntausende Arbeiter ausbeutete und noch ausbeutet, einer Klasse, die Arbeiter, wie er selbst einmal einer war, am Besuch von Hochschulen hindert. Er verschrieb sich den Leuten, die im letzten Krieg Tausende von Menschen vergasen ließen und die heute ihre Hand schützend über solche Mörder wie Zind halten. Den Weg an der Seite dieser finsternen Reaktion hält der Chemiker Trobisch „für sich“ für den besten.

All diese Tatsachen beweisen, daß Trobisch tatsächlich ein Verräter ist.

Jeder verantwortungsbewußte Mensch muß sich heute die Frage vorlegen: Nütze ich mit meiner Arbeit dem gesellschaftlichen Fortschritt? Die Beantwortung dieser Frage aber führt ohne weiteres zu der Erkenntnis, daß der Weg, der für die Masse aller Werktätigen der beste ist, zugleich auch für den einzelnen der beste ist. Das aber ist der Weg des Sozialismus, des fried-

lichen Aufbaus, des Kampfes um eine atomwaffenfreie Zone, um die Achtung aller Massenverehrungsgegenstände. Dieser Weg ist ein wahrhaft humanistischer Weg, weil er den Menschen nützt, der Erhaltung ihres Lebens und der Steigerung ihres materiellen und kulturellen Wohlstandes dient. Einer solchen „Erklärung“ bedarf die Republikflucht Trobischs, und in dieser Erklärung liegt die Verurteilung. Sie, Herr Dr. Wagner, wollen in Ihrem Brief einer politischen Entscheidung aus dem Wege gehen. Tatsächlich aber kommen Sie sehr bald schon zu einer politischen Stellungnahme. Sie gehen aus von der bereits bekannten Tatsache, daß Trobisch meinte, es würden Kollegen ihm gegenüber bevorzugt, deren Ansicht bzw. Haltung besser als seine mit dem von Ihrer Partei verfolgten Weg übereinstimmen.“ Und sie fahren fort: „Ich kann im Interesse der angestrebten Klärung des Problems meine Meinung nicht verschweigen, daß die in den letzten Monaten in der DDR befolgte Hochschulpolitik dazu angetan ist, Dr. Trobisch in dieser Feststellung wenigstens teilweise rechtzugeben.“

Aber, Herr Dr. Wagner, verfolgt unsere Partei diesen Weg nicht im Bündnis mit allen anderen demokratischen Parteien und Massenorganisationen? Ist das nicht der Weg aller friedliebenden, rechtschaffenen Menschen unserer Republik? Unsere Partei nimmt allerdings — und wir sagen das voller Stolz — die führende Rolle dabei ein. Wir haben im vorigen Abschnitt bereits dargestellt, daß es der einzige Weg ist, auf dem der Friede erhalten und die Gedanken des Humanismus verwirklicht werden können. Welche Gründe sollten deshalb dagegen sprechen, von unseren Wissenschaftlern, besonders von den jungen, zu verlangen, daß sie für die wahrhaft guten Ziele des Sozialismus Partei ergreifen? Welche Alternative kann es denn unter den Bedingungen der Existenz zweier deutscher Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung und entgegengesetzter Politik heute geben außer jener: Ist man für den Frieden und für die Anwendung der Forschungsergebnisse im Dienste des Friedens und zum Wohle aller Schaffenden, dann muß man, wenn man konsequent ist, auch für den Staat eintreten, der in seinen Taten diese Politik des Friedens vertritt, für die DDR. Begibt man sich aus der DDR weg in die Bundesrepublik, dann stärkt man objektiv, ob man will oder nicht, die Politik der Kriegstreiber.

Es stimmt, Herr Dr. Wagner, auch Sie wollen das Verhalten von Trobisch „nicht rechtfertigen“. Aber was rügen Sie an seiner Handlungsweise? Nicht, daß er in den westdeutschen Staat der Imperialisten gegangen ist, daß er seinen Arbeitsplatz verlassen und seine Verpflichtung als Bürger und Wissenschaftler unseres Staates, all seine Kenntnisse in den Dienst der Werktätigen zu stellen, gebrochen hat, sondern, daß er „stillschweigend weggegangen ist, anstatt seine Ansicht zunächst den maßgeblichen Stellen vorzutragen“. Versteckt sich nicht hinter Ihren eigenen Worten noch die falsche Meinung, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen für einen jungen Menschen durchaus noch möglich ist, die DDR zu verlassen, nach Westdeutschland zu gehen und dabei doch ein „anständiger Mensch“ zu bleiben? Wir meinen, daß das heute nicht mehr möglich ist. Man kann heute nicht mehr „Wanderer zwischen zwei Welten“ sein, ohne zum Verräter zu werden. Der Grund für Ihre Stellungnahme aber scheint uns darin zu liegen, daß Sie den kleinbürgerlichen Standpunkt des „einerseits — andererseits“ einnehmen, einen „Standpunkt“, der im Grunde gar keiner ist, ja, der seine Verfechter schließlich immer, wie die Erfahrung lehrt, ins Lager des Klassenfeindes führt.

Sie sprechen weiter davon, daß einer der Hauptgründe für den illegalen Weggang aus unserer Republik im mangelnden Vertrauen der Republikflüchtigen zu den maßgeblichen Stellen unseres Staates zu suchen sei. Wir möchten die Gegenfrage stellen: Welche Meinungsverschiedenheiten gibt es die einen Bürger unserer Republik veranlassen könnten, unserem Staat der Arbeiter und Bauern den Rücken zu kehren und den Schritt in die Vergangenheit, in den Staat zu tun, dessen herrschende Kreise gegenwärtig das ungeheuerlichste Verbrechen vorbereiten, das die Menschheit je gekannt hat? Hieß das nicht, die Mehrheit der Republikflüchtigen zu jenen „politischen Flüchtlingen“ stempeln, wie sie der Bonner Staat braucht, um die Anziehungskraft seiner in den Himmel gebaumelten „Freiheit“ zu beweisen? So einfach ist das nicht, Herr Dr. Wagner. Der Hauptgrund ist darin zu sehen, daß in den Köpfen dieser Menschen, die zum Teil die kapitalistische Ordnung niemals kennengelernt haben, einiges nicht klar ist, daß sie oftmals einem engstirnigen Denken verfallen sind, weil sie sich der Perspektive der in Deutschland wirkenden gesellschaftlichen Kräfte nicht bewußt sind und sich dementsprechend von den Dingen des Augenblicks leiten lassen, statt von den Notwendigkeiten und Erfordernissen auch im Hinblick auf die eigene Perspektive. Und so müssen wir weiter fragen: Was gibt es in Westdeutschland an wirk-

lich Vertrauenswürdigem, das einen Werktätigen unserer Republik auf die Dauer in seinen Bann ziehen könnte? Wo gibt es in Deutschland die Staatsmacht, die gesellschaftliche Ordnung, die Errungenschaften und die Politik, die dem Frieden und dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen und ein für allemal Schluß machen mit der imperialistischen Versklavung und der Entwürdigung des schaffenden Menschen? Sicher fällt es einem klassenbewußten Arbeiter, der die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ordnung im eigenen Erleben kennengelernt hat, leichter, diese Fragen zu beantworten. Und wir wollen auch nicht, daß Sie auf diese Weise Vertrauen zu unserer Republik und zu unserer sozialistischen Ordnung erwerben, Herr Dr. Wagner. Aber was die Arbeiterklasse und unser Staat von Ihnen und der gesamten jungen Intelligenz erwarten können, ist, daß Sie sich auch mit der Wissenschaft von der Gesellschaft und ihrer Entwicklung vertraut machen und so die Politik von Partei und Regierung noch besser verstehen lernen.

Doch lesen wir, wie Sie Ihre Meinung hinsichtlich des Vertrauens zu begründen versuchen: „Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist, soweit es um weltanschauliche Fragen geht, zwischen Menschen verschiedener Weltanschauungen nur dann möglich, wenn sie sich zwar auf offensichtliche Fehler aufmerksam machen und diese ausmerzen, sich aber nicht gegenseitig die eigene Weltanschauung aufzudrängen versuchen, falls es sich nicht um bewiesene Ansichten handelt.“ Zuerst einmal können wir feststellen, daß die Methode des „Aufdrängens“ unserer Weltanschauung niemals zum Arsenal der Partei oder der Arbeiterklasse gehört hat, noch gehören wird. Woran wir, und sicher auch Sie, Herr Dr. Wagner, interessiert sind, ist, daß der wissenschaftliche Standpunkt im Meinungsstreit, in der Auseinandersetzung durchgesetzt wird, und das auch in weltanschaulichen Fragen.

Die Richtigkeit des Marxismus-Leninismus ist bewiesen, sie ist bewiesen durch den siegreichen Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion und durch die Erfolge in den anderen sozialistischen Ländern. Natürlich erwarten wir von keinem parteilosen Wissenschaftler, daß er sich, sozusagen über Nacht, den Marxismus-Leninismus aneignet. Das ist ein komplizierter Prozeß. Aber allein der Siegeszug des Sozialismus in kaum 40 Jahren und die hervorragenden Ergebnisse der Sowjetwissenschaft sollten bereits Grund genug sein, in jedem Wissenschaftler den Forschungsdrang entstehen zu lassen, den Dingen auf den Grund zu gehen und zum Beispiel zu untersuchen, warum gerade die marxistische Weltanschauung die Werktätigen der sozialistischen Länder zu solch gewaltigen Erfolgen in ihrer Arbeit ansport und beflügelt und wie diese Weltanschauung beim sozialistischen Aufbau und bei der Entwicklung der Wissenschaft angewandt wird. Wir denken nicht daran, Herr Dr. Wagner, darauf zu verzichten, die Menschen von der Überlegenheit des Marxismus-Leninismus zu überzeugen, weil eine solche ideologische Koexistenz letzten Endes doch nur den Verteidigern der alten, längst als falsch bewiesenen Anschauungen von der Heiligkeit des Privateigentums und der Ausbeuterordnung dient.

Auch an anderer Stelle Ihres Briefes verführt Sie Ihr Standpunkt der scheinbaren Unvoreingenommenheit dazu, Argumente zu benutzen, die auch von den Gegnern unseres Staates oft angeführt werden. Was meinen Sie, wenn Sie schreiben, daß wir bereit sein müßten, „für die Wiedervereinigung Opfer zu bringen, auch große Opfer. Wir dürfen es doch nicht dabei bewenden lassen, in unserem Teil Deutschlands zu sagen: ‚Wiedervereinigung ja, aber nur über eine Konföderation der beiden Staaten, oder im anderen Teil: ‚Wiedervereinigung ja, aber nur durch freie Wahlen.“

Soll das etwa heißen, daß wir auf unsere sozialistischen Errungenschaften verzichten sollen? Dies würde doch aber bedeuten, die kapitalistischen Verhältnisse bei uns zu restaurieren. Ihr Argument, Herr Dr. Wagner, ist die Losung der Verfechter eines NATO-Gesamtdeutschlands. Warum die Vereinigung Deutschlands heute nur noch über eine Konföderation möglich ist, hat Walter Ulbricht in seinem Interview mit W. Hearst überzeugend begründet: „Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschland kann heute nicht mehr durch einen einmaligen Akt vollzogen werden. Es handelt sich hier vielmehr um einen Prozeß der Annäherung und Verständigung, der einige Zeit erfordern kann.“

Sie, Herr Dr. Wagner, halten die Vereinigung der zwei so grundverschiedenen deutschen Staaten durch einen kurzen Wahlakt im Prinzip für möglich, und Sie begründen das mit den Worten: „Es ist ja auch nicht so, daß sich die beiden Teile des Volkes schon völlig entfremdet hätten, nur von den politischen Führungen kann man das behaupten.“ Hier zeigt sich wieder Ihr Bestreben, zwischen den Lagern stehen zu wollen. Warum machen Sie das Problem der Spaltung Deutschlands zur Frage der

Mehr Parteilichkeit

Über die falsche Einschätzung Prof. Woldts durch Genossen H. Müller

Es ist unbestritten, daß man die Geschichtswissenschaft nicht um ihrer selbst willen betreibt, sondern um daraus die entsprechenden Schlußfolgerungen für die Gegenwart und die Zukunft abzuleiten. Das, was für die Geschichtswissenschaft im allgemeinen zutrifft, hat unbedingt auch für jede konkrete Frage der Geschichte Gültigkeit. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, bei der Darstellung historischer Geschehnisse prinzipiell und parteilich vorzugehen. Ein anderes Herangehen ist unwissenschaftlich und muß deshalb zu falschen und letztlich schädlichen Schlußfolgerungen führen. Das gilt sinngemäß auch für Einschätzungen des Lebens und Wirkens von Wissenschaftlern, im besonderen Maße von Gesellschaftswissenschaftlern. Handelt es sich dabei noch um eine Problematik, die unmittelbar in die Gegenwart hineinreicht, dann muß eine falsche Darstellung sogar unmittelbare schädliche politische Auswirkungen haben.

In der letzten Nummer der „Hochschulzeitung“ würdigte der Genosse Heinz Müller in einem Artikel das Leben und Wirken von Professor Richard Woldt. Die vom Genossen Müller gegebene Darstellung ist einseitig. In dieser Einseitigkeit liegt eine prinzipielle Fehleinschätzung. Auch bezieht sich die Fehleinschätzung gerade auf eine Frage, die für den gegenwärtigen Kampf der deutschen Arbeiterklasse von entscheidender Bedeutung ist.

Ich möchte dabei noch vorausschicken, daß es nicht Aufgabe dieser Zeilen sein kann, eine Gesamtbeurteilung des Lebens und Wirkens von Professor Woldt zu geben. Ich stelle auch nicht seine Leistungen und Verdienste in Abrede. Sie berechtigen aber keinesfalls dazu, vorhandene unmarxistische und reformistische Auffassungen Woldts zu übersehen. Darüber hinaus muß darauf hingewiesen werden, daß es hierbei überhaupt weniger um die Person als um die Sache bzw. um die falsche Einschätzung von Professor Woldt durch den Genossen Müller geht. Genosse Müller schildert in dem betreffenden Artikel die Entwicklung und die Tätigkeit Woldts. Schwerpunkt ist dabei die Zeit von 1920 bis 1933, die Genosse Müller als die „zweite entscheidende Schaffensperiode“ bezeichnet. Die dort geschilderten Fakten kommentiert er mit der Feststellung, Woldt „... blieb der Sache der Arbeiterklasse treu“. Hierin liegt jedoch insofern ein prinzipieller Widerspruch, daß man nicht der Sache der Arbeiterklasse treu bleiben und gleichzeitig eine verantwortliche Stellung im preußischen Kultusministerium übernehmen kann. Der damalige preußische Staat war ganz eindeutig ein Instrument der Monopolliberalen und damit ein Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. Interessant ist noch, daß Woldt spezielle Tätigkeit die Sachgebiete „Erwachsenenbildung (Arbeiterbildungswesen) und wissenschaftliche Veröffentlichungen über Arbeiterfragen und Sozialpolitik“ umfaßte. Es ist unmöglich anzunehmen, daß diese seine Tätigkeit mit der der Treue zur Arbeiterklasse zu vereinbaren ist.

Im gleichen Zeitraum lehrte er an einigen Hochschulen des gleichen Staates „Arbeiterfragen“ und „Sozialpolitik“. Auch diese Tatsachen sprechen nicht für seine Treue zur Arbeiterklasse, sondern dagegen. Wir wissen, daß an den Hochschulen des Weimarer Staates marxistische Wissenschaftler nicht geduldet wurden.

Doch lassen wir Woldt selbst sprechen. Vergleichen wir seine Tätigkeit mit seinen Ansichten, wie sie in seinen Publikationen nachzulesen sind. Wir greifen aus einer Fülle von ähnlichen reformistischen Gedanken eine typische Ausführung aus der Zeit seiner Tätigkeit als politischer Führer? Warum sagen Sie nicht klar, daß die Adenauer-Regierung noch nie die Interessen des deutschen Volkes vertreten hat und auch nie die Absicht hatte, sie zu vertreten, daß diese Regierung vom ersten Tage ihrer Existenz an eine der Arbeiterklasse und allen Werktätigen fremde, ja im Laufe der Entwicklung sogar feindliche und antinationale Politik betrieben hat und heute im zunehmenden Maße betreibt? Warum verschweigen Sie die offenkundige Tatsache, daß die Friedenspolitik der Regierung der DDR von der Mehrheit auch der westdeutschen Bevölkerung gutgeheißen wird? Tatsächlich, in der Frage der Atombewaffnung der Bundeswehr zeigt sich, wie wenig die beiden Teile unseres Volkes „entfremdet“ sind, wie gut sie zu beurteilen und zu entscheiden wissen, was den Interessen des deutschen Volkes dient und was ihnen nicht dient und welche politische Führung seine Interessen vertritt. Der Stimmungsumschwung in Westdeutschland zeigt, daß auch die westdeutschen Werktätigen und nicht zuletzt die friedliebenden Wissenschaftler zu erkennen beginnen, daß gegenwärtig die erste und wichtigste Aufgabe die Sicherung des Friedens und damit verbunden der Kampf gegen den Bonner Atomtod ist. In dieser Lebensfrage der deutschen Nation dem Willen des deutschen Volkes mit aller Macht Ausdruck zu verleihen, das ist das Gebot der Stunde. Davor zittern die Adenauer-Regierung und ihre Kriegspartei. Was also bedeutet es, Herr Dr. Wagner, in solch einer Situation, in der alle Kräfte auf die Lösung dieser ersten Aufgabe konzentriert werden müssen,

Mit diesem Ausspruch wird Woldt selbst zum Kronzeugen gegen die Einschätzung des Genossen Müller. Bekanntlich haben die rechten Führer der SPD nach dem ersten Weltkrieg große Teile der Arbeiterklasse mit der Losung „Die Sozialisierung marschert“ vom revolutionären Kampf abgelenkt und auf diese Weise zum Sieg der Konterrevolution beigetragen. Woldt identifiziert sich mit diesem Verrat an der deutschen Arbeiterklasse und schreibt im Jahre 1929 dazu rückblickend, daß „... mancher Arbeiterführer über den Rahmen seiner unmittelbaren Organisationsinteressen das Schicksal von Volk und Staat mit stärkerem Verantwortungsbewußtsein in den Vordergrund stellte“ (R. Woldt „Die deutschen Gewerkschaften in der Nachkriegszeit“, Berlin, S. 519.) Mit anderen Worten ausgedrückt, Woldt schätzt selbst ein, daß die rechten Führer, denn um diese handelt es sich, das Schicksal des monopolistischen Staates, das Schicksal der deutschen Monopolliberalen über die Interessen der Arbeiterklasse gestellt haben und die Arbeiterklasse verriet. Offensichtlich hat auch Woldt — das zeigen seine Tätigkeit als verantwortlicher Mitarbeiter im monopolistischen Staatsapparat und die zitierte unmarxistische Einschätzung — die Interessen des monopolistischen Staates über die Interessen der Arbeiterklasse gestellt.

Es ließen sich noch weitere Belege anführen, sowohl aus der obengenannten Schrift als auch aus einer Reihe anderer seiner Publikationen, die ebenfalls in dieser „zweiten entscheidenden Schaffensperiode“ entstanden sind. Doch das Bild ändert sich dadurch nicht wesentlich. Die vom Genossen Müller erwähnten Fakten und das damit im Übereinstimmung befindliche Zitat von Woldt mögen genügen, um die Richtigkeit unserer Kritik an der falschen Bewertung Woldts zu begründen. Offensichtlich, und das ist nicht zu bestreiten, hat Woldt in dieser Periode nicht die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, sondern die der Monopole. Das hätte der Genosse Müller aber im Interesse einer richtigen marxistischen Einschätzung darlegen müssen.

Hier zwingt sich uns die Frage auf, von welcher Position aus der Genosse Müller seinen Beitrag abgefaßt hat. Vom Standpunkt der Wissenschaft, vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus, vom Standpunkt der Partei und ihrer revolutionären Traditionen keinesfalls. Im Gegenteil, er hat sich mit seiner Prinzipienlosigkeit auf einen kleinbürgerlichen, spießbürgerlichen Standpunkt der Lobhudelei begeben. Diese Feststellung ist nicht überspitzt, denn gerade gegenwärtig ist es notwendig, derartige Erscheinungen mit aller Schärfe aufzudecken, weil der Artikel des Genossen Müller zu einer Zeit geschrieben wurde, in der das Ostbüro der SPD versucht, unsere Partei ideologisch aufzuweichen. Solche Einschätzungen wie die des Genossen Müller müssen diesen Bestrebungen objektiv Vorschub leisten. Der Genosse Müller hat allen Grund, sich selbst ernsthaft die Frage zu stellen, wie er auf eine solche Position abgleiten konnte. Das Kollektiv seiner Parteigruppe muß ihm dabei helfen und gleichzeitig untersuchen, in welchem Umfang es selbst mit verantwortlich ist. Darüber hinaus haben auch die Redaktion der „Hochschulzeitung“ und die Hochschulparteileitung allen Grund, ernsthaft zu überprüfen, wie solche schädlichen ideologischen Auffassungen in die Spalten der „Hochschulzeitung“ gelangen konnten. Daraus gilt es ernsthafte Lehren zu ziehen, um in Zukunft derartige Fehler zu vermeiden.

Dr. Gerhard Speer

verschiedenen Ansichten der beiden politischen Führungen? Warum sagen Sie nicht klar, daß die Adenauer-Regierung noch nie die Interessen des deutschen Volkes vertreten hat und auch nie die Absicht hatte, sie zu vertreten, daß diese Regierung vom ersten Tage ihrer Existenz an eine der Arbeiterklasse und allen Werktätigen fremde, ja im Laufe der Entwicklung sogar feindliche und antinationale Politik betrieben hat und heute im zunehmenden Maße betreibt? Warum verschweigen Sie die offenkundige Tatsache, daß die Friedenspolitik der Regierung der DDR von der Mehrheit auch der westdeutschen Bevölkerung gutgeheißen wird? Tatsächlich, in der Frage der Atombewaffnung der Bundeswehr zeigt sich, wie wenig die beiden Teile unseres Volkes „entfremdet“ sind, wie gut sie zu beurteilen und zu entscheiden wissen, was den Interessen des deutschen Volkes dient und was ihnen nicht dient und welche politische Führung seine Interessen vertritt. Der Stimmungsumschwung in Westdeutschland zeigt, daß auch die westdeutschen Werktätigen und nicht zuletzt die friedliebenden Wissenschaftler zu erkennen beginnen, daß gegenwärtig die erste und wichtigste Aufgabe die Sicherung des Friedens und damit verbunden der Kampf gegen den Bonner Atomtod ist. In dieser Lebensfrage der deutschen Nation dem Willen des deutschen Volkes mit aller Macht Ausdruck zu verleihen, das ist das Gebot der Stunde. Davor zittern die Adenauer-Regierung und ihre Kriegspartei. Was also bedeutet es, Herr Dr. Wagner, in solch einer Situation, in der alle Kräfte auf die Lösung dieser ersten Aufgabe konzentriert werden müssen,

von einer Volksbefragung über „Konföderation oder freie Wahlen“ zu sprechen? Eine solche Problemstellung ist politisch falsch, ist nichts anderes als Schüttenhilfe für unseren gemeinsamen Gegner. Sicher ist Ihnen bekannt, daß wir freie Wahlen zur Wiedervereinigung nicht grundsätzlich ablehnen, sondern als Ergebnis von Voraussetzungen betrachten, die durch die Beseitigung der militaristischen Entwicklung in Westdeutschland und durch die Konföderation geschaffen werden müssen. Die Frage kann also niemals lauten: „Konföderation oder freie Wahlen“, sondern „Konföderation und im Zuge ihrer Verwirklichung freie Wahlen“, denn gegenwärtig gibt es keinen anderen Weg zur friedlichen Wiedervereinigung auf demokratischer Grundlage.

Es war Ihnen sicher nicht bewußt, Herr Dr. Wagner, daß Sie mit Ihren Argumenten den westdeutschen Reaktionsären beigegeben sind, zumal Sie uns selbst zugestanden haben, daß Ihre Gedanken „der Möglichkeit des Irrtums“ unterworfen sind. Wir haben Ihre falschen Ansichten deshalb so offen kritisiert, weil wir sowohl Ihnen als auch uns einen schlechten Dienst erwiesen hätten, wenn wir darüber stillschweigend hinweggegangen wären. Wir halten es hin den Worten W. I. Lenins: „Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf, ein blutiger und unblütiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft.“ (Lenin, Ausgewählte Werke, Band 10, Seite 78.)

Redaktion der „Hochschulzeitung“